

Nr. **XIX. GP-NR**
726 /J
1995-03-10

ANFRAGE

der Abgeordneten Hagenhofer
und Genossen
an den Bundesminister für Justiz
betreffend Wohnungsdelogierungen

Wie verschiedenen Medienberichten zu entnehmen ist, ist die Zahl der Delogierungsverfahren bei Wohnungen stark im Steigen begriffen. Eine wesentliche Ursache hierfür sind die immer höheren Mieten. Wohnen ist in vielen Fällen nur noch leistbar, wenn beide Ehepartner ein Einkommen haben. Fällt ein Einkommen z.B. wegen Arbeitslosigkeit aus, sind viele Familien von der Delogierung bedroht. Besonders erschreckend ist die Tatsache, daß in zunehmendem Ausmaß auch Durchschnittsverdiener betroffen sind. Nachdem Wohnen zu den elementaren menschlichen Bedürfnissen zählt und der Verlust einer Wohnung oft schwerste negative Auswirkungen auf das ganze Leben hat (sozialer Status, Beruf usw.) sind zumindest Maßnahmen zur Verhinderung von Delogierungen zu treffen.

Die unterzeichneten Abgeordneten stellen daher folgende Fragen:

1. Welche Entwicklung bei der Anzahl der Delogierungsverfahren ist in den letzten 10 Jahren zu verzeichnen ?
Bitte geben Sie die Zahlen bundesweit und nach Bundesländern getrennt an.
2. Wie ist das Verhältnis bei der Anzahl der Delogierungen bei privaten Vermietern bzw. Genossenschaften einerseits und bei Gemeindewohnungen andererseits in den letzten 10 Jahren ?
3. Welche Auswirkungen im Hinblick auf die Anzahl der Delogierungen hat die letzte Mietrechtsreform bis jetzt gezeigt bzw. sind zu erwarten ?